

Wer die Wahrheit kennt, will interreligiösen Dialog!

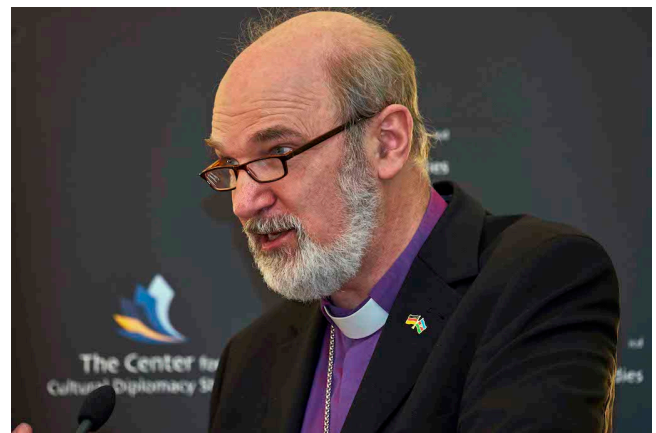
Der für den interreligiösen Dialog der Weltweiten Evangelischen Allianz zuständige stellvertretende Generalsekretär hat seine Rede bei der Dialogkonferenz der Regierungen von Aserbaidschan und Deutschland in Berlin jetzt [auf Deutsch](#) und [auf Englisch](#) zugänglich gemacht. Das Thema „Widersprechen Religionsfreiheit, religiöse Harmonie und interreligiöser Dialog den absoluten Wahrheitsansprüchen?“ war ihm vorgegeben worden.

In seinem Vortrag betonte Schirmmacher, dass Vertreter von Religionen und Weltanschauungen, die sich im Besitz der Wahrheit sehen, trotzdem oder gerade deshalb am Dialog miteinander interessiert sein müssen. Der westliche Gedanke, man müsse erst auf den Wahrheitsanspruch verzichten, bevor man vernünftig miteinander reden könne, sei falsch, wie etwa die Serie der Dialogkonferenzen zeige, die die Regierung von Aserbaidschan initiiert habe.

Die Internationale Konferenz „[Vom Dialog zur Zusammenarbeit zwischen Religionen und Zivilisationen](#)“ fand am 19. November 2018 in Berlin statt. Eingeladen hatten neben Aserbaidschan und der Bundesrepublik Deutschland das „Deutsch-Aserbaidschanische Forum e. V.“, die Botschaft Aserbaidschans, das „Internationale Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Zusammenarbeit“ in Baku und das „Institute for Cultural Diplomacy in Berlin“ (Institut für Kulturdiplomatie).

Redner der Konferenz waren hochrangige Vertreter staatlicher Institutionen aus Aserbaidschan und Deutschland, darunter der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel. Als besonderen Gast und Mitinitiator der Konferenz konnten die internationalen Gäste den Vorsitzenden der Verwaltung der Muslime des Kaukasus und Generalsekretär des Internationalen Zentrums für interreligiöse und interkulturelle Zusammenarbeit, Sheikh-ul-Islam Allahshukur Pashazade, willkommen heißen. Daneben waren Staatsmänner wie Mohamad Moncef Marzouki, ehemaliger Präsident von Tunesien, bei der Konferenz präsent. Des Weiteren nahmen Wissenschaftler, Repräsentanten zahlreicher Religionsgemeinschaften aus der ganzen Welt sowie Vertreter des Diplomatischen Corps, des Deutschen Bundestages und der Zivilgesellschaft teil. (Eine vollständige Auflistung der Teilnehmer sowie Zitate aus deren Reden finden sich [hier](#))

Neben Aserbaidschan und Deutschland nahmen Vertreter religiöser und kultureller Institutionen aus Ägypten, Tunesien, Russland, den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Georgien, Belarus, der Ukraine, der Türkei, dem Vatikan, dem Libanon, Usbekistan, Kroatien und Montenegro teil.



Inhaltlich fokussierte sich die Konferenz auf die Themen der interreligiösen und interkulturellen Zusammenarbeit im Kontext aktueller Herausforderungen der internationalen Politik, wie beispielsweise Terrorismus, Separatismus, Ausländerfeindlichkeit, Minderheitenschutz, Bildung und Erziehung sowie die Flüchtlingsproblematik. Die Ergebnisse der Gesprächsforen wurde in der von den Teilnehmern verabschiedeten ‚Berlin Declaration‘ festgehalten. Die Erklärung beinhaltet fünf zentrale Forderungen, die sich sowohl an die UNO als auch an die Mitgliedsstaaten, internationale Organisationen und regionale Akteure richten:



- Förderung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs auf der Basis gemeinsamer Verständigung und mit dem Ziel, die Kooperationen in diesem Bereich auszubauen.
- Förderung des erweiterten Dialogs mit dem Ziel, die Propagierung von Gewalt aufgrund von nationaler Herkunft, Ethnie und Religion zu bekämpfen.
- Förderung von Maßnahmen zur Prävention von Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Christentumsfeindlichkeit, sowie zur Bekämpfung von Terrorismus und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter missbräuchlicher Berufung auf religiöse Motive.
- Anerkennung der UN-Charta sowie der Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere der gleichberechtigten Souveränität, territorialen Integrität und Unveränderlichkeit der Grenzen von Staaten. Daraus resultierend Leistung eines Beitrages zur friedlichen Lösung anhaltender Konflikte, dies betrifft den Mittleren Osten, Palästina, Syrien und den Karabach-Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien.
- Ergreifung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Bekämpfung von Bedrohungen der internationalen Stabilität und Sicherheit mittels der zentralen koordinierenden Rolle der UNO. Hierzu zählen die Prävention von Terrorismus, aggressivem Separatismus und Extremismus, die zu neuen Konflikten und Flüchtlingsströmen führen.

[Weitere Fotos online ...](#)